

NZZ am Sonntag

Russland

Europas Sicherheit wird ohne Europäer verhandelt

Gleich im Januar wollen sich russische und amerikanische Unterhändler treffen und möglicherweise in Genf über jene Sicherheitsgarantien reden, die Wladimir Putin nun vom Westen fordert. Der russische Präsident gibt Tempo und Thema vor, bedroht weiter die Ukraine mit Truppen, und die Amerikaner gehen darauf ein. Wo aber sind die Europäer, über deren Sicherheit verhandelt werden soll? Vor allem die Polen und Balten sorgen sich, dass die amerikanische Regierung plötzlich Zusagen über die Begrenzung von Truppenstationierungen in Osteuropa und einen Stopp der Nato-Erweiterung macht. Oder dass auch nur der Anschein erweckt wird, Putins wilde Ideen über russische Einflusszonen und die Ukraine seien seriös. Die EU hat sich nicht einmal einen Platz am Katzentisch gesichert. Dafür treten unsichere Kantonisten wie die neue deutsche Regierung auf den Plan, die eigene Gespräche mit Moskau anstrebt, um zu «deeskalieren», aber vor allem um ihre Pipeline zu retten. Europa war schon einmal sehr viel weiter. In den siebziger Jahren einigten sich Ost und West an der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auf einen Modus ihrer Beziehungen. Die Unverletzbarkeit von Grenzen und die Souveränität der Staaten waren Eckpfeiler dieser Verständigung. Daran gibt es auch heute nichts zu rütteln. *Markus Bernath*

Nationalbankgelder

Die AHV vom Franken abhängig zu machen, ist keine gute Idee

Manchmal scheint Politik sehr einfach: Auf der einen Seite öffnet sich bei der AHV ein Milliardenloch, weil die Zahl der Rentnerinnen und Rentner steigt. Auf der anderen Seite besitzt die Schweizerische Nationalbank (SNB) einen gut gefüllten Geldtopf, genannt Ausschüttungsreserve. 120 Milliarden Franken befinden sich derzeit darin. Was also liegt näher, als jedes Jahr ein paar Milliarden von der SNB in die AHV zu verschieben? Genau dies sieht je eine Initiative der Gewerkschaften und der SVP vor. Doch macht hier möglicherweise die Weltwirtschaft einen Strich durch diese Rechnung. Das Comeback der Inflation macht den Schweizer Franken zum begehrten sicheren Hafen. Bereits hat sich unsere Währung deutlich aufgewertet - was die Reserven der SNB zum Schrumpfen bringen könnte. Eine Aufwertung des Frankens um 10 Prozent verursacht bei der Nationalbank einen Verlust von 100 Milliarden Franken. Falls zusätzlich noch die Börse einbrechen sollte, halten Ökonomen gar noch grössere Verluste für realistisch. «Gouverner, c'est prévoir», heisst es: Kluge Politik sorgt vor und sucht deshalb eine stabile Lösung für die AHV, die nicht von der Entwicklung der globalen Wirtschaft abhängig ist. *Albert Steck*

Zürich

Im Lehnstuhl zurück ins Amt

Das Pflichtenheft der Zürcher Stadtpräsidentin ist überschaubar. Ab und zu muss sie eine Rede halten oder ein Altstadthaus politisch korrekt umbenennen. Ihr zentralstes Dossier ist noch die Kulturpolitik. Und da ist in Zürich gerade einiges los. Um die Sammlung Bührle, das Herzstück des neuen Kunsthauses, ist ein wüster Streit entbrannt mit fast täglich neuen Wendungen. Gleichzeitig muss die politisch verantwortliche SP-Stadtpräsidentin Corine Mauch in sieben Wochen zur Wiederwahl antreten. Ein Problem? Ach, was. Mauch kann sich entspannt zurücklehnen, politischer Wettbewerb existiert in Zürich nicht. Es gibt keine Herausforderer, weder von rechts noch von links. Das ist natürlich bequem für Corine Mauch. Aber schlecht für Zürich. *Thomas Isler*

Chappatte



Der externe Standpunkt

Nukleare Denkverbote? Jetzt ist der Energiekanton Aargau am Zug

Wer den Blackout für die Schweizer Wirtschaft und die Bevölkerung verhindern will, kommt am Bau neuer und technisch absolut sicherer Atomkraftwerke nicht vorbei, **findet Christoph Grenacher**

Ganze 15 Monate lang brütete man an einem von Energieministerin Simonetta Sommaruga initiierten runden Tisch über den weiteren Ausbau der Wasserkraft in der Schweiz. Mitte Dezember, die Tinte der involvierten Gremien auf dem Schlussdokument war kaum trocken, gab Christoph Brand, der mitunterzeichnende CEO des grössten Schweizer Stromproduzenten Axpo, den Spielverderber: Die 15 Wasserkraftprojekte zur Erhöhung der saisonalen Speicherproduktion seien zwar ein «wertvoller Beitrag», aber «kein hinreichender Schritt in Richtung einer erfolgreichen Energiewende». Bis 2050 fehlten dem Land aufgrund des steigenden Stromverbrauchs bei gleichzeitigem Wegfall der Kernkraft zwölf Terrawattstunden Winterstrom - sechsmal so viel, wie der eben vereinbarte Zubau durch Wasserkraftspeicher beiträgt.

Dass der Axpo-Chef die hilflosen Versuche aus Bundesbern gegen die absehbare Mangellage bei der Stromversorgung ab 2025 so schonungslos demaskiert, erstaunt - ist Brand doch der verlängerte Arm der Kantone Zürich, Aargau, St. Gallen, Thurgau, Schaffhausen, Appenzell Ausserrhoden und Inner- rhoden, Glarus und Zug, denen das Unternehmen gehört. Sie hätten es als Eigentümer der Axpo in der Hand, die Energiepolitik mitzugestalten. Stattdessen lassen sie zu, dass Brand mit der Axpo das bei uns verdiente Geld ungeniert in Solar- und Windkraftanlagen im Ausland investiert.

Hierzulande, findet Brand, soll stattdessen die Politik dafür sorgen, dass Gewerbe und Private noch stärker in den Ausbau der erneuerbaren Energien investieren. Die Axpo selbst hingegen will in der Schweiz - «Viel zu teuer!» - weder neue Gaskraftwerke noch Kernkraftwerke bauen, sondern bloss die Planlaufzeiten für AKW von 50 auf 60 Jahre verlängern.

Es wäre also der Moment, wo die Eigentümer der Stromunternehmen ihre Aufsichts- und Verantwortungspflicht wahrnehmen müssten - und niemand wäre dazu besser

prädestiniert als der Energiekanton Aargau, in dem einst jede vierte Kilowattstunde Schweizer Strom produziert wurde.

Der Unternehmer Walter Boveri baute im Aargau nicht nur die ersten Schweizer Kraftwerke, sondern gründete in Baden mit der Brown Boveri & Cie. die heutige ABB. Sein Sohn Walter E. Boveri war 1955 als Sechzigjähriger mit dem Physiker Paul Scherrer die treibende Kraft bei der Gründung der Reaktor AG in Würenlingen, aus der 1988 das Paul-Scherrer-Institut (PSI) in Villigen wurde. Dass sich neben der BBC namhafte Unternehmen wie Sprecher + Schuh, Atel, Motor-Columbus oder Elektrowatt im Aargau ansiedelten, dass die erste in der Schweiz hergestellte vollautomatische Waschmaschine, die «Merker-Bianca», im Aargau produziert wurde oder dass der «Stern von Laufenburg» als Schaltzentrale eines internationalen Stromverbundnetzes und die Swissgrid ebendort ihren Ausgangspunkt hatten: Der Aargau war, was

die Energiepolitik dieses Landes anbelangt, stets prägend. Auch dass in Beznau 1969 und 1971 die beiden ersten Schweizer Kernkraftwerkblöcke ans Netz gingen und seit 1984 der Meiler in Leibstadt manchmal dampft - das alles ist nicht bloss Zeugnis einer Historie, sondern auch der Beweis einer Aargauer Verpflichtung zur Selbstbestimmung im nationalen Interesse.

Dieses Erfolgsmodell könnte der Kanton nun fortsetzen, etwa mit einer Aargauer Standesinitiative für eine nötige Überarbeitung der gescheiterten Energiestrategie 2050. Das Land braucht neue Kernkraftwerke - ein Begehren beim Bund um eine Neubeurteilung und realistische Ausrichtung der Energiepolitik könnte hier die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen ebnet.

Es braucht endlich die nüchterne Betrachtung der Faktenlage und Lösungsansätze, die mehr dem Gemeinwohl verpflichtet sind als den Partikularinteressen der Politik. Ein verheissungsvoller Ansatz dazu wäre beispielsweise die Förderung eines absolut klimafreundlichen Projektes des Genfer Startups Transmutex, das hier eng mit dem PSI zusammenarbeitet und das diese Zeitung vor drei Wochen einlässlich vorgestellt hat. Transmutex will kleine Kernkraftwerke produzieren, deren neue Technologie eine Kernschmelze ausschliesst und bestehenden radioaktiven Abfall als Brennstoff einsetzt.

Transmutex benötigt rund 1,5 Milliarden Franken, um die Technologie zu finalisieren und in den nächsten zehn Jahren eine Pilotanlage zu bauen. Das wäre auch für die Axpo eine lohnende, zeitnahe und nachhaltige Investition. Die neun Kantone als Besitzer der Axpo müssten CEO Brand klarmachen, dass für die Energiewende nicht bloss die Privaten zuständig sind. Wer in einem Monopolbereich arbeitet und als Betrieb von Staates Gnaden sichere Gewinne einstreicht, muss auch dazu beitragen, die Versorgungssicherheit zu garantieren. Die Schweizer Lösung dazu läge auf dem Tisch.

Christoph Grenacher



Christoph Grenacher, 67, führt die Kommunikationsagentur Mediaform, zuvor war er in leitender Position bei verschiedenen Medien tätig. Er beteiligte sich 1975 an der Besetzung des AKW-Geländes in Kaiser-augst, heute plädiert er ohne Mandat und aus freien Stücken für die Renaissance der stark weiterentwickelten Technologie.